Eine Stimme für die Jugend

Ein Artikel zur Bundestagswahl 2013

Seit einigen Wochen blicken von jeder Laterne Gesichter auf uns herab. Mit Slogans wie „Das Wir entscheidet“ (CDU) oder „Das Wir gewinnt“ (SPD) wird versucht, um unsere Gunst zu werben. Unsere politische Meinung, unsere Stimme, die insbesondere uns Jugendlichen im Alltag verwehrt bleibt, will auf einmal jede Partei für sich gewinnen. Denn am 22. September sind Bundestagswahlen.

Doch viele von uns dürfen gar nicht wählen. Entweder sind wir zu jung oder wir haben keinen deutschen Pass. Das Desinteresse bei den Wahlen, insbesondere bei jungen Menschen, ist daher groß. Das wird noch durch den besonders faden Wahlkampf verstärkt, in dem Alles und Nichts versprochen wird. Auch ist es mittlerweile zur Volksweisheit geworden, dass die Parteien ihre ohnehin schon niedrigen Wahlversprechen brechen. Bis auf soziale Angriffe. Die sind immer, auch ohne dass sie im Wahlkampf gefordert wurden, gratis mit dabei.

Aber sollte uns das „Kreuzchensetzen“ in der Kabine egal sein? Einer anarchistischen Aktivistin nach schon, die einmal sagte „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten“. In einem hat sie Recht: Wahlen können den Kapitalismus, in dem wir leben nicht „überwinden“. Aber sie verändern tatsächlich etwas – nämlich das Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Klassen, die ihren verschleierten Ausdruck in den unterschiedlichen Parteien finden. Oder anders gesagt: Es ist ein Unterschied, ob ein linker Arbeiterkandidat, ein rechter Konservativer oder ein Nazi ins Parlament gewählt werden. Und deshalb rufen wir alle Jugendlichen auf, am 22. September für die LINKE zu wählen. Auch fordern wir das Wahlrecht für alle Jugendlichen über 14 Jahren sowie alle in Deutschland lebenden Migrant*innen!

Nach der Wahl der Langeweile kommt die Regierung des sozialen Angriffs

Diese Wahl erscheint sehr langweilig. Und ja, das ist sie irgendwie auch. Die Wahlplakate sind nichtssagend. Alle, die sich ein wenig für Politik interessieren, wissen schon jetzt, dass die CDU mit ziemlicher Sicherheit die neue, alte Kanzlerin stellen wird. Wenn wir ganz ehrlich sind, scheint das auch kaum eine andere Partei zu stören. Alle akzeptieren es untertänig. Wenn man von ein wenig Wahlkampfpolemik, die in der einen oder anderen Talkshow schon mal sein darf, absieht, kann man sagen, alle Parteien kämpfen um eine Koalition mit der CDU – mit einer Ausnahme: die LINKE.

Der Grund dafür ist, dass nahezu alle großen Parteien die Krisenpolitik Merkels befürworten. Sie steht scheinbar für Stabilität. Doch diese Stabilität, das verschweigen auch SPD und LINKE, ist auf der Abwälzung der Krise auf die südeuropäischen Länder gebaut. Sparpakete und Lohnkürzungen in Südeuropa, ein immer größer werdender Niedriglohnsektor in Deutschland, Hartz IV, die Rente mit 67, Leiharbeit und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Kultur – das steht hinter der „Stabilitätspolitik“, die zu Gunsten der deutschen Unternehmen und Banken betrieben wird.

Diese beiden Faktoren schaffen die „stabile Lage“ in Deutschland. Und die bürgerlichen Parteien wollen diese Stabilität aufrechterhalten. Doch mal ganz ehrlich, wer glaubt denn wirklich, dass die Folgen der Politik in Südeuropa, die maßgeblich von der deutschen Regierung mitbestimmt werden, Stabilität geschaffen haben? Was wird also passieren, wenn die Krise – und alles deutet darauf hin – erneut stärker wird?

Dann wird die Regierung des sozialen Angriffs bereit sein. Bereits jetzt wird hinter vorgehaltener Hand von deutschen Unternehmen und den Think Tanks der deutschen Kapitalist*innen eine Agenda 2020 gefordert. Das heißt Angriffe auf Löhne, Angriffe auf unsere Bildung etc. Diese Wahl entscheidet also nicht nur über die nächste Regierung, sondern auch wie stark ihre Parlamentsmehrheit bei den kommenden Angriffen in der Krise sein wird.

Linkspartei wählen, aber Widerstand aufbauen

Die einzige Partei, die sich oppositionell zum Sozialabbau in Deutschland

positioniert, ist die LINKE. Zwar stellt auch die SPD, genau wie die LINKE eine bürgerliche Arbeiterpartei, soziale Forderungen. Nach der Rot-Grünen Regierung, die Agenda 2010, Krieg und unsoziale Renten- und Gesundheitsreformen beschloss, glauben jedoch nur noch wenige, dass sie diese Politik auch für die gesamte Arbeiterklasse wirklich umsetzen will.

Die LINKE hingegen organisiert kritische Aktivist*innen und linke Wähler*innen. Viele ihrer Mitglieder sind in sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsinitiativen aktiv. Sie glauben tatsächlich an die Forderungen ihrer Partei (Mindestlohn, Weg mit Hartz IV, Keine Rente mit 67, Raus aus Afghanistan) und wollen sie umgesetzt sehen. Sie sind aufgeschlossener für Kritik am Kapitalismus und bereit, Widerstand gegen Sozialabbau, Krieg und Entlassungen zu organisieren.

Doch die LINKE ist keine revolutionäre Partei, die wirklich Schluss mit diesem System machen will. Ganz im Gegenteil, sie schürt die Hoffnung, dass ihre Forderungen auf rein parlamentarischem Weg erreicht werden können. Insbesondere der Parteiapparat hat sich mit dem Kapitalismus arrangiert. Ihre Plakate, frei nach „Revolution? Nein, nicht mehr zeitgemäß“ beweisen das eindeutig.

Dass die LINKE kämpferischer wirkt, aber ihre reformistische Politik zu den gleichen Konsequenzen führt, wie die damalige SPD-Regierung unter Schröder, werden viele Wähler*innen erst erkennen, wenn sie im Parlament auf die Probe gestellt wird. Ähnlich wie in Berlin, wo sie in 10 Jahren Rot-roter Regierung 100´000 Wohnungen privatisierten und Proteste auf der Straße ignorierten oder unterdrückten. Wir sagen deshalb: Wählt die LINKE! Aber: Nehmt sie für ihre Forderungen beim Wort. Organisiert mit uns den Widerstand auf der Straße, in Schule, Uni und Betrieb für die Forderungen, für die wir sie gewählt haben!

Viele Forderungen, eine revolutionäre Organisation

Auch wenn die LINKE alle ihre Forderungen umsetzen könnte, der Kapitalismus würde bleiben. Krisen, Krieg und Armut kann die LINKE nicht weg reformieren. Es braucht eine revolutionäre Organisation, die die

einzelnen Kämpfe für soziale Besserungen, bessere Bildung und höhere Löhne mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbindet.

Gerade wir Jugendlichen sind von den Kürzungen in der Bildung, von Leiharbeit und prekären Arbeitsbedingen betroffen. In der Krise waren wir die ersten, die ihre Jobs verloren haben. In Europa liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 20%. Die nächste Krise wird weitere Einschnitte mit sich bringen. Daher brauchen wir eine unabhängige, revolutionäre Jugendorganisation. Allen unorganisierten Jugendlichen, aber auch denen, die in Solid´oder der autonomen Linken organisiert sind, muss klar sein, dass sie nie eine revolutionäre Politik betreiben können, solange sie an das Programm der LINKEN gebunden sind und solange es keine klassenkämpferische Opposition in sozialen Bewegungen sowie in den Gewerkschaften gegen den bürokratischen Apparat von SPD und LINKE gibt.

- Deshalb rufen wir alle zu gemeinsamen Aktion gegen die Krise, gegen Leiharbeit, Niedriglohn, für bessere Bildung und gegen Sozialabbau auf.

Im Widerstand betonen wir aber die Notwendigkeit einer internationalen revolutionären Jugendorganisation. Wir beteiligen uns an Umgruppierungsprozessen wie der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, um eine revolutionäre Alternative, eine kommunistische Partei aufzubauen, die sich in Zukunft nicht nur an Wahlen beteiligen kann, sondern die Jugendlichen, die Arbeiter*innen und Arbeitslosen, Migrant*innen und Rentner*innen für ihre sozialen Bedürfnisse in Stadtteilkomitees, bei Streiks und letztlich in demokratischen Räten organisiert. Eine Partei, die all jene für die Revolution auf die Straße bringt.

Ein Artikel des Exekutivkomitees von REVOLUTION-Deutschland